2019/01 Disko

https://shop.jungle.world/artikel/2019/01/rassistische-islamkritik-ist-ein-widerspruch

Linke, Rassismus und Islamkritik

Rassistische Islamkritik ist ein Widerspruch

Von **Klaus Blees Roland Röder**

Eine Linke, die Islamkritik als rassistisch denunziert, verzichtet auf den universalistischen Freiheits- und Gleichheitsanspruch.

In der Wissenschaft ist der Rassebegriff längst passé, unterschiedliche Menschenrassen gibt es nicht. Rassismuskritik geht deshalb davon aus, dass andere die Existenz solcher Rassen nur unterstellen und damit, beziehungsweise mit der Zuschreibung angeblich »rassischer« Merkmale, die Ausgrenzung, Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung von Menschen rationalisieren.

Diejenigen, die dies tun, werden sinnvollerweise als Rassisten bezeichnet. Während der klassische Rassismus diese Merkmale als biologisch bedingt halluziniert, werden sie heute meist als quasi unveränderbare kulturelle Eigenschaften dargestellt. Diese modernisierte Form des Rassismus wird meist als Kulturalismus bezeichnet.

> Kritik setzt die Veränderbarkeit der kritisierten Verhältnisse voraus. Etwas Unveränderbares kann man nicht kritisieren.

Eines der verbreitetsten Verdikte gegen Islamkritik lautet nun, diese sei rassistisch. Explizit ist dann schnell von »antimuslimischem Rassismus« die Rede. Allerdings ergibt dieser Vorwurf nur Sinn unter einer von zwei Voraussetzungen. Entweder gehen diejenigen, die ihn erheben, zumindest implizit davon aus, beim Islam handele es sich um eine Art »Rasse«, er sei also etwas den Muslimen unveränderlich Anhaftendes. Oder sie unterstellen den Islamkritikern, ihrerseits den Muslimen unveränderliche Eigenschaften zuzuschreiben und diese als »Rasseneigenschaften« zu werten. Aufgrund dieser essentialistischen Zuschreibungen würden Muslime dann zu Feinden erklärt.

Allerdings wäre eine rassistische Islamkritik ein Widerspruch in sich. Kritik setzt die Veränderbarkeit der kritisierten Verhältnisse voraus. Etwas Unveränderbares kann man nicht kritisieren. Man kann es benennen, kann es negativ oder positiv beurteilen, aber

selbst die scharfsinnigste und zutreffendste Beschreibung eines unwandelbaren Zustandes wird ihn nicht ändern. Wer Hirsche für ihr Revierkampfverhalten kritisierte, würde sich lächerlich machen. Wer Machoverhalten von Männern kritisiert, tut dies hingegen, weil es nicht natürlich, sondern gesellschaftlich bedingt ist, tut es mit dem Ziel, patriarchale Strukturen aufzuheben. Islamkritik geht analog davon aus, dass mit dem Islam gerechtfertigte menschenfeindliche Strukturen überwunden werden können.

Antimuslimische Ressentiments und Moslemfeindschaft von AfD, Pegida und anderen sind in diesem Sinne keine Kritik, auch wenn sie von ihren Protagonisten als Islamkritik verkauft werden. Die Neue Rechte löst Versatzstücke der Islamkritik aus ihrem kritisch-emanzipatorischen Kontext heraus und entledigt sie ihres aufklärerischen Inhalts. Den Rechten dient der Islam als Aufhänger für Kampagnen gegen Flüchtlinge und Migranten. Der flüchtlingsfeindliche Charakter wird an Begriffen wie »Scheinasylanten«, »Asylbetrüger« oder »Wirtschaftsflüchtlinge« sichtbar. Wenn die Rechten Frauen-unterdrückung, Homophobie oder Antisemitismus in muslimischen Communities anprangern, ist dies instrumentell. Im rechten Blog »Politically Incorrect« etwa wendet man sich einerseits gegen muslimische Homophobie, während man andererseits schwulenfeindliche Beiträge veröffentlicht, in denen dann die Homophobie nicht islamisch, sondern christlich begründet wird. Analog leugnen oder verharmlosen AfD-Politiker und -Anhänger den Antisemitismus in den eigenen Reihen.

Ein dem Rassismusvorwurf verwandtes, gebetsmühlenartig vorgetragenes Argument lautet, Islamkritiker griffen eine religiöse Minderheit an, verschonten aber die dominierende christliche Religion und mäßen somit auf diskriminierende Weise mit zweierlei Maß. Insbesondere Linke betonen gerne, eine spezifische Islamkritik sei unnötig, da alle Religionen gleichermaßen abzulehnen seien. Dabei übersehen sie, dass das Christentum im Zeitalter der Aufklärung und der bürgerlichen Revolutionen weitgehend – wenn auch nicht völlig – politisch entmachtet, zivilisiert und humanisiert wurde, während der Mainstream-Islam diese Aufklärung nicht kennt. Das geschah nicht freiwillig, aber es ist geschehen, wobei die Trennung zwischen religiöser und politischer Sphäre in der christlichen Theologie Anknüpfungspunkte fand, etwa in dem Jesus zugeschriebenen Wort: »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.«

Zwar gibt es auch christlich gerechtfertigte Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen, die manchmal ebenfalls Mordaktionen wie die der »Lord’s Resistance Army« in Uganda oder des norwegischen Terroristen und selbsternannten Kreuzritters Anders Behring Breivik einschließen. Doch stehen diese in keinem Verhältnis zu den Dimensionen islamistischer Barbarei. Es waren nicht Christen, die die Massaker vom 11. September 2001, den mörderischen Anschlag 2015 auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo und zahlreiche ähnlich motivierte Verbrechen verübt haben, übrigens weitaus häufiger in islamischen als in westlichen Ländern. Al-Qaida, der »Islamische Staat«, die Taliban, Hamas oder Hizbollah sind keine christlichen Organisationen, die brutalen Regimes in Ländern wie Iran, Saudi-Arabien oder inzwischen auch der Türkei agieren auf der Basis islamistischer, nicht christlicher Ideologie. Wer sich

vom Christentum lossagt, muss unter Umständen mit Sanktionen rechnen, zum Beispiel Entlassung aus kirchlichen Arbeitsverhältnissen. Wer sich vom Islam lossagt, begibt sich oft in Lebensgefahr. Die Gleichsetzung verbietet sich also und hat mit materialistischer Religionskritik nichts zu tun, denn diese nimmt die konkreten, spezifischen Grundlagen von Religionen ins Visier und schert nicht alles über einen Kamm.

Der Verweis auf das Fehlen von Kritik am Christentum in kritischen Debatten über den Islam dient der Ablenkung. Wenn es in einer Diskussion um den Islam geht, ist eben dieser Thema und nicht das Christentum. Der Vorwurf, Islamkritiker würden schweigen, sobald es um christlich gerechtfertigte Untaten gehe, ist nur eine Unterstellung, solange er nicht weiter begründet wird.

Zur Frage nach den historischen Ursprüngen dieser auf den Islam bezogenen Relativierung linker Religionskritik sei auf das Interview mit Thierry Chervel in dieser Zeitung verwiesen. Dort benennt er das bis heute anhaltende angstbedingte Einknicken vieler Linker und Liberaler angesichts der Fatwa Khomeinis gegen Salman Rushdie 1989. Diese Angst vor der Gewaltbereitschaft von Islamisten wurde als »Respekt« vor dem Islam rationalisiert. Ein weiterer Faktor ist das der Linken abhanden gekommene revolutionäre Subjekt, zu dem ersatzweise die ausschließlich als bedrohte Minderheit und als Opfer betrachteten Muslime erklärt wurden; eine Annahme, die dann ebenfalls zur Rationalisierung des gerechtfertigten Bedrohungsgefühls beitrug.

Eine Linke, die auf Islamkritik verzichtet oder diese gar als rassistisch beziehungsweise »islamophob« denunziert, wirft den universalistischen Freiheits- und Gleichheitsanspruch über Bord. In Tateinheit überlässt sie der Rechten das Thema, die sich dann als die einzige Kraft verkaufen kann, welche die Dinge beim Namen nennt, während sie nach Islamkritik klingende Floskeln in einem gegenaufklärerischen, antiemanzipatorischen Sinne umdeutet.

In dieser verwickelten Situation stellt sich die Frage, ob emanzipatorisch orientierte Islamkritiker mit rechten Muslimhassern überhaupt reden sollen. Wir denken, sie sollten es nicht ohne Not tun, beantworten diese Frage also mit einem eingeschränkten »Nein«. Wo Rechte, in der Regel Vertreter der AfD, in Stadträten, Parlamenten und vielleicht demnächst auch in Landesregierungen sitzen, sind Gespräche nicht zu vermeiden und finden, auch seitens linker Politiker, ohnehin bereits statt. Auf öffentlichen Veranstaltungen mit AfD-Politikern zu diskutieren oder sich sogar von diesen als Referent einladen zu lassen, halten wir jedoch für falsch. So kritisieren wir, dass Seyran Ateş eine Einladung der »Freiheitlichen Akademie Wien«, einer Bildungseinrichtung der rechtsextremen

FPÖ, angenommen hat – nicht, weil sie damit eine wie immer geartete ideologische Nähe zur FPÖ offenbart hätte, wie ihr von verschiedenen Seiten böswillig unterstellt wurde, sondern weil Ateş, auch wenn sie, wie geschehen, die FPÖ kritisiert hat, die Position dieser Partei als diskussionswürdig aufwertet.

Die Autoren sind Mitverfasser der Flugschrift »Lachen gehört zu einer freien Gesellschaft« der Aktion 3. Welt Saar, die unter anderem der Jungle World 48/2018 beilag.

© Jungle World Verlags GmbH